TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

MONTAG, 26. JANUAR 2015 | 71. JAHRGANG | NR. 21 | EINZELPREIS 1,30 €



Alexis Tsipras winkt nach der Stimmabgabe seinen Anhängern zu. Der Syriza-Chef ist klarer Wahlsieger und dürfte neuer Regierungschef werden.

FOTO: DPA

Griechenland wählt Sparkurs ab

Absolute Mehrheit für das Linksbündnis Syriza in greifbarer Nähe / Herbe Schlappe für regierende Konservative

Der Frust über das Sparprogramm hat der radikalen Linken in Griechenland einen klaren Sieg beschert. Fraglich war gestern Abend nur, ob Syriza die absolute Mehrheit der Mandate erringen kann. Deutlich abgeschlagen kamen die regierenden Konservativen auf Rang zwei.

> VON FERRY BATZOGLOU UND TAKIS TSAFOS

Athen. Schon um Schlag 19 Uhr Ortszeit, als die knapp 20000 Wahllokale in ganz Griechenland schlossen und ein halbes Dutzend führender Athener Meinungsforschungsinstitute via Fernsehen zeitgleich die Ergebnisse der ersten Wählernachfragen veröffentlichten, war klar: Syriza hat nicht nur die denkwürdigen Parlamentswahlen klar für sich entschieden, sondern die bis dato führende Athener Oppositionspartei hat die konservative Regierungspartei Nea Dimokratia (ND) unter Premierminister Antonis Samaras regelrecht gedemütigt. Das bestätigte sich am Abend mit den Hochrechnungen. Syriza führt demnach klar mit 36,5 Prozent der Stimmen vor der ND mit 27,7 Prozent. Dahinter liegt die rechtsradikale Goldene Morgenröte mit 6,3 Prozent. Die proeuropäische Partei der politischen Mitte, To Potami (Der Fluss), kommt auf 5,9 Prozent. Die Kommunisten schaffen den Hochrechnungen zufolge den Einzug ins Parlament mit 5,6 Prozent. Die Pasok-Sozialisten mit 4,8 Prozent und die rechtspopulistischen Unabhängigen Griechen mit 4,7 Prozent werden dort voraussichtlich ebenfalls vertreten sein - sie schafften den Sprung über die Drei-Prozent-Hürde. Ersten Analysen zufolge wählten zahlreiche Stammwähler der sozialistischen Pasok nun Syriza. Die frühere Volkspartei steht damit vor dem Niedergang.

Unklarheit herrschte gestern Abend nur noch darüber, ob Syriza die absolute Mehrheit der Mandate im Athener Parlament erringen werde. Den Hochrechnungen zufolge kann Syriza mit 149 bis 151 Sitzen im neuen Parlament rechnen. Für eine absolute Mehrheit sind 151 der 300 Sitze nötig.

In Griechenland hält das Wahlrecht einen besonderen Bonus für den Sieger bei Parlamentswahlen bereit. 250 der 300 Sitze werden in einfacher Verhältniswahl vergeben. Die stärkste Partei erhält einen Zuschlag von 50 Sitzen. Damit sollen die Chancen für die Bildung einer starken Regierung erhöht werden.

Die Beobachter sind sich einig: Falls Syriza keine Alleinregierung stellen könnte, böten sich als potenzielle Koalitionspartner für Syriza vor allem die Unabhängigen Griechen an. To Potami oder die Pasok-Sozialisten haben hingegen schlechte Karten. Der Grund: Sie sind unisono für die Fortsetzung des rigiden Spar- und Reformkurses in Athen – im Gegensatz zu Syriza. Ein Tabu für Syriza ist ferner eine große Koalition mit der Nea Dimokratia oder eine Koalition mit der Partei Goldene Morgenröte. Obendrein ziehen die Kommunisten keine Koalition mit Syriza in Erwägung. Der Grund: Sie sind kategorisch für den sofortigen Austritt Griechenlands aus der EU und

der NATO – im Gegensatz zu Syriza. Die Wahl war weltweit mit Spannung erwartet worden. Griechenland braucht dringend eine handlungsfähige Regierung. Das Hilfsprogramm der internationalen Geldgeber läuft Ende Februar aus. Sollte es keine neue Einigung geben, könnte das Land schon bald zahlungsunfähig sein. Die vorgezogenen Wahlen waren notwendig geworden, weil die Wahl eines neuen Staatspräsidenten Ende des vergangenen Jahres im Parlament gescheitert war.

Dieser historische Sieg gehe weit über Griechenland hinaus, sagte ein Sprecher von Syriza in der Wahlnacht im griechischen Fernsehen. Er betreffe alle Menschen in Europa

Kommentar Seite 2. Thema S. 3. Bericht S. 7

Abstiegskämpfer dürfen hoffen

Bremen (als). Der Abstiegskampf in der Fußball-Bundesliga ist größer und faszinierender als je zuvor – zumal Werder Bremen mittendrin steckt. In einer elfteiligen Serie haben wir das Phänomen Abstiegskampf aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet. Heute, im letzten Teil der Serie, erklären wir, warum alle bedrohten Vereine noch einen Grund haben, auf den Klassenerhalt zu hoffen. Selbstverständlich auch

Eine Milliarde Euro fürs schnelle Netz

Hannover (ml). Während in Städten der Internetzugang kaum noch ein Problem ist, lässt er in ländlichen Gebieten nicht selten zu wünschen übrig. Der Grund: Die Versorgung mit leistungsstarken Breitbandkabeln in der Fläche hinkt hinterher. Daran will Niedersachsen jetzt etwas ändern. Bis zum Jahre 2020 soll der flächendeckende Internetzugang über leistungsstarke Daten-leitungen geschafft sein. Rund eine Milliarde Euro will die Landesregierung für dieses Ziel bewegen. Den Löwenanteil soll die Europäische Investitionsbank aufbringen. Kommentar Seite 2-Bericht Seite 12

Knöllchen für Gehweg-Parker

Bremen (fea). In der Stadt ist es eng, vor allem dann, wenn man als Autofahrer in einer Nebenstraße eine Abstellmöglichkeit für sein Fahrzeug sucht. Vielerorts stehen die Autos dann auf dem Gehweg, was Fußgänger und Ordnungsamt auf den Plan rufen. Lösungen für dieses Problem haben die Bremer Behörden nicht parat: Während das Verkehrsressort empfiehlt, auf Bus, Bahn oder Fahrrad umzusteigen, macht die Innenbehörde den Autofahrern auf eine ganz eigene Weise Hoffnung: Angesichts der begrenzten Zahl von Verkehrsüberwachern werden viele Falschparker in Bremen schlichtweg nicht erwischt.

Bericht Seite 7

Japan bleibt im Geiseldrama hart

Tokio. Terroristen des Islamischen Staates (IS) haben eine japanische Geisel umgebracht. Japans Regierungschef Shinzo Abe sagte gestern, ein im Internet veröffentlichtes Video sei wahrscheinlich echt. Die Ermordung des 42-jährigen Haruna Yukawa sei ein "abscheulicher und unverzeihlicher Terrorakt". Abe forderte die Geiselnehmer auf, die zweite japanische Geisel, den 47jährigen Kenji Goto, umgehend freizulas-Standpunkt Seite 2

Weniger Zulauf für Pegida in Dresden

17 000 Anhänger nehmen an Kundgebung teil / Tillich: Der Islam gehört nicht zu Sachsen

Dresden-Bremen (wk-fea). Eine Woche nach dem Demonstrationsverbot wegen einer Terrordrohung hat das Pegida-Bündnis in Dresden erneut Tausende Anhänger mobilisiert. Allerdings ging die Zahl erstmals zurück: Zu der 13. Pegida-Kundgebung kamen laut Polizei gestern rund 17000 Anhänger. Vor zwei Wochen hatten die islamkritische Bewegung noch 25000 Menschen auf die Straße gebracht. Die Polizei war gestern in der sächsischen Landeshauptstadt mit starken Kräften im Einsatz. Nur wenige Meter von der Pegida-Kundgebung entfernt demonstrierten nach Angaben der Polizei rund 5000 Menschen mit dem Bündnis "Dresden für alle" gegen Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung.

Für Diskussionen sorgte gestern der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU). Er widersprach der Äußerung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), der Islam gehöre zu Deutschland. "Ich teile diese Auffassung nicht", sagte Tillich. Muslime seien in Deutschland willkommen und könnten ihre Religion ausüben. "Das bedeutet aber nicht, dass der Islam zu Sachsen gehört.

Bremen will sich heute gegen Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit wenden. Das Bündnis "Bremen tut was! Für eine demokratische und weltoffene Gesellschaft" veranstaltet heute Nachmittag ab 17 Uhr auf dem Bremer Marktplatz eine Kundgebung. Angestoßen von Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) beteiligen sich mehr als 50 Organisationen an dem Bündnis



Den Dialog mit Pegida suchen oder verweigern? Scannen Sie das Foto rechts und stimmen Sie ab.



Auch sonntags gegen Merkel, Muslime und Medien: Pegidisten in Dresden. FOTO: DPA

Familienanzeigen	22
Fernsehen	18
Gesundheit	24
Lesermeinung	4
Rätsel & Roman	15
Verbraucher	14

H 7166 • 28189 BREMEN

INHALT



BREMEN

ARD-Serie spielt in Bremen

Bremen. "Unter Gaunern" heißt eine neue Serie, die von Dienstag an im Vorabendprogramm der ARD ausgestrahlt wird. Die Serie über eine ungewöhnliche Gangsterfami-

lie wurde von Radio Bremen produziert und spielt auch in der Hansestadt. Vor der TV-Premiere berichten die [₹]Macher von dem langen Weg von der Idee bis zur Fertigstellung. Und sie haben auch ein kleines Lob für Bremen und seine Menschen

DER NORDEN

Keimbelastung lässt nach

Delmenhorst. Die Keimbelastung des Delmenhorster Trinkwassers scheinen sich dank des Chloreinsatzes abzuschwächen. Das teilte der Geschäftsführer der Stadt-Delmenhorst



(SWD) mit. Inzwischen ist klar, dass es sich um Fäkalkeime handelt, die in einen Brunnen im Bereich Stuhr eingespült wurden. Trotz leichter Entspannung der Lage sollen die Delmenhorster ihr Trinkwasser weiterhin abko-

Seite 11

Bremen wirbt um Manager

Neuer Willkommensservice für ausländische Fachleute

Bremen. Auch innerhalb Deutschlands hat längst der Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte aus dem Ausland begonnen. Einen Vorteil verspricht sich Bremen hier von einem verbessertem Willkommensservice, der ab dem 2. Februar starten soll - initiiert von der Handelskammer und der Wirtschaftsförderung. Das Prinzip hinter dem neuen Angebot ist einfach: Nur wenige Gehminuten vom Schütting entfernt, bekommen Existenzgründer, Fach- und Führungskräfte eine Erstberatung und werden an die jeweiligen zuständigen Institutionen weitervermittelt.

Genau diese Idee steckt auch hinter dem bereits existierenden Unternehmensservice. Neu ist allerdings, dass sich die Mitarbeiter des Unternehmensservice nun zu Experten weitergebildet haben, die sich speziell mit den Problemen und Fragestel-

"Wir sind jung. Wir sind stark"

Bremen. Im August 1992 zündete ein wü-

tender Mob ein Asylbewerberheim an. Der

Kinofilm "Wir sind jung. Wir sind stark" the-

matisiert diese Ereignisse, die unter dem

Stichwort "Rostock-

Lichtenhagen" in die jüngere deutsche Ge-

schichte eingingen. Re-

gisseur Burhan Qur-

bani (Foto) erzählt im

Interview mit unserer

Zeitung, wie es gelun-

gen ist, sich in die Rol-

len der jugendlichen

Hauptpersonen hinein zu versetzen. Seite 16

KULTUR

lungen von ausländischen Existenzgründern sowie Fach- und Führungskräften auseinandersetzen können.

In der Wirtschaft wird seit längerem vor einem Fachkräftemangel gewarnt; deswegen müssten mehr Zuwanderer nach Deutschland geholt werden. Der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) möchte dies unter anderem erreichen, indem die Mindestverdienstgrenzen bundesweit drastisch gesenkt werden. Die Blue Card für ausländische Fachkräfte verlangt für einen Zuwanderer aus einem Nicht-EU-Land als Mindestgehalt über 40 000 Euro pro Jahr. "Für Sachsen ist dies zu hoch ", kritisiert Tillich die jetzigen Regelungen. Der Mindestverdienst eines Facharbeiters in Ostdeutschland liege bei rund 25000 Euro im Jahr, rechnet Sachsens Regierungschef vor. **Bericht Seite 13**

WETTER







Zeitweise Regen

Ein Tief über dem Nordmeer bestimmt das Wetter in Mitteleuropa. So fällt verbreitet Regen und Schnee.

Das ausführliche Wetter finden Sie auf Seite 6 und jederzeit aktuell auf dem Online-Portal des WESER-KURIER unter:



>> www.weser-kurier.de/wetterkontor/aktuell